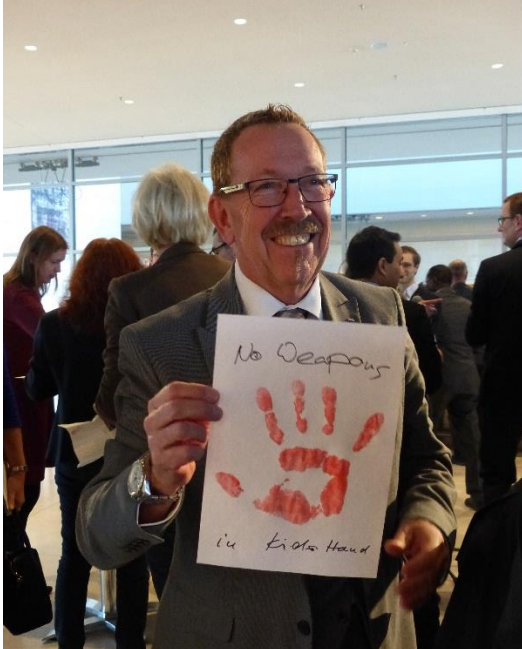


Der Brunnerbrief

No. 03/2019 – 15.02.2019



*Mein Motto auch in diesem Jahr:
Keine Waffen in Kinderhände!*

Kompromiss im Streit um § 219a

Nach langem Ringen haben sich die beteiligten MinisterInnen auf Eckpunkte zum Werbeverbot bei Schwangerschaftsabbrüchen verständigt. Nun hat das Kabinett den Kompromiss verabschiedet. Jetzt liegt der Ball bei uns im Bundestag. Für Katarina Barley und Franziska Giffey waren in den Verhandlungen mit der Union wichtig: 1. Die Informationsrechte der Frauen stärken, 2. Rechtssicherheit schaffen und 3. die Entkriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten zu erreichen. Dies wurde geschafft.

Auch wenn ich, wie viele, eine komplette Streichung bevorzugt hätte, geht der jet-

zige Gesetzentwurf in die richtige Richtung und schafft Rechtssicherheit. Deshalb unterstütze ich diesen Kompromiss.

Denn was wäre die Alternative? Es bliebe bei der Strafbarkeit und keine Frau könnte sich gut informieren. Das will ich nicht! Deshalb unterstütze ich diesen Kompromiss, denn er geht in die richtige Richtung, schafft Rechtssicherheit und für die meisten Fälle Straffreiheit.

Engagement gewinnt!

Das Sammeln der Unterschriften für das Volksbegehren "Artenvielfalt" war erfolgreich. Bereits am Dienstag zählte man über eine Million Unterschriften, 950.000 waren nötig gewesen. Ein erstes greifbares Ergebnis folgte prompt: Ministerpräsident Söder lädt nun zu einem Runden Tisch der Befürworter und Gegner der Gesetzesinitiative. Als wichtigsten Erfolg haben die Initiative und alle Unterstützer (darunter auch die Bayern-SPD, sowie die SPD Unterbezirke in meinem Wahlkreis) eine gesellschaftliche Debatte losgetreten. Wie stellen wir uns die Landwirtschaft der Zukunft vor? Was muss jeder und jede Einzelne(r) tun, um unsere Umwelt zu bewahren? Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen, wer für den Rückgang der Artenvielfalt und die damit einhergehende Bedrohung unserer Natur verantwortlich ist. Es geht um die Diskussion, wo wir ansetzen müssen, um etwas zu verändern - und wie dies möglichst schnell gesetzlich begleitet werden kann. Weder die bayerische Landesregierung, noch die Agrarlobby werden sich diesem Dialog nun noch verschließen



www.facebook.com/Brunner.SPD

können. Das ist dem Engagement vieler tausender Ehrenamtlicher in ganz Bayern zu verdanken. Danke dafür!

„Alles soll so bleiben wie es ist“, ist vorbei!

Mal wieder beweisen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass wir der Motor der Koalition sind. Wir haben das bloße Verwalten des Landes endgültig satt und wollen den Sozialstaat von morgen. In den letzten Jahren haben zu wenige vom wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland profitiert und die Herausforderungen der Zukunft sind auch nicht weniger geworden.

Es ist uns ein Anliegen die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der drohenden Altersarmut, die wir durch eine feste Grundrente verhindern wollen. Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung!

Weiterhin wollen wir weg von Hartz IV und dieses System durch ein Bürgergeld ersetzen. Es soll sich konsequent an den Bedürfnissen derer orientieren, die Unterstützung brauchen. Wenn es nach uns geht, soll das Kindergeld nicht mehr in die Bezüge eingerechnet werden stattdessen wollen wir eine eigene Kindergrundsicherung etablieren. Hierbei sol-

len die Leistungen schrittweise zurückgefahren werden, wenn sich die Einkommensverhältnisse der Familie wieder entspannen. Dies soll einen harten Bruch in den Lebensverhältnissen vermeiden.

Daneben fordern wir einen höheren Mindestlohn, denn wir sind der Auffassung, dass jeder Mensch von seiner Arbeit menschenwürdig leben sollte. Auch soll jeder Bürger das Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung bekommen, um auf dem Arbeitsmarkt schritthalten zu können.

Diese Solidaritätsoffensive ist aus der Perspektive derer gedacht, die die Hilfe der Gemeinschaft brauchen, nicht aus der Perspektive derer die die Gemeinschaft missbrauchen. Dahinter steht der Gedanke, dass nur ein menschlicher Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft zu mehr Zusammenhalt untereinander führt.

Deshalb lehnen wir auch Steuergeschenke für Spitzenverdiener, wie sie die Union fordert, ab. Das populäre Thema der Soli-Abschaffung wäre so ein Steuergeschenk. Wenn der Soli fällt, bedeutete das ein Plus von ca. 3.500 Euro für eine Bundesministerin, 24.000 Euro für beispielweise Herrn Merz und 100.000 Euro für einen Dax-Vorstand pro Jahr. Das ist unnötig und alles andere als gerecht. Wir setzen daher auf ein Steuerentlastungssystem, welches vor allem Geringverdiener und Familien entlastet.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meines Wahlkreisbüros in Neu-Ulm stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

